

Offene Fragen der Geschichte Band 8

Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,
Volksaufstand im Juni 1953,
Deutsches Wirtschaftswunder,
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Bau der Berliner Mauer,
Internationale Kubakrise,
Vietnamkrieg 1965-1975,
68er Bewegung,
Ratifizierung der Ostverträge,
Unbewältigte Vergangenheit ...

Band 8/006

Chronik vom 17. Juni 1953 bis zum 30. Dezember 1953

17.06.1953

DDR und Ost-Berlin: Die öffentlichen Proteste in Ost-Berlin und in der DDR (Gründe: allgemeiner Lohnkampf, Proteste gegen die Erhöhung von Arbeitsnormen, politische und soziale Mißstände usw.) weiten sich am 17. Juni 1953 zur Massendemonstration gegen das SED-Regime aus.

Die sowjetische Besatzungsmacht verhängt daraufhin den Ausnahmezustand und greift sofort militärisch ein, um das Ulbricht-Regime zu stützen. Der Volksaufstand wird schließlich durch brutale Gewalt und Strafmaßnahmen niedergeschlagen.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (27/1953) berichtet später über den Volksaufstand im Juni 1953: >>Wie ich mich schäme

In Wilhelm Zaißers ostzonalem Staatssicherheits-Ministerium herrscht große Aufregung wegen abhanden gekommener Pandekten. Seit dem 17. Juni vermißt die SSD-Filiale Halle ihre ganze Kartei der Verbindungsleute samt dem dazugehörigen Archiv.

SED-Genosse Potruba, Abteilungsleiter des Halleschen SSD, kann sich nicht erklären, wo diese Kartei geblieben ist. In der kritischen Zeit befand er sich auf einem Scheunenboden der Produktionsgenossenschaft in Gerbstedt. Dorthin war er vor der massiv anrückenden Bevölkerung geflohen.

Seit Tagen wird in Halle jeder Verhaftete befragt, ob er beim Sturm auf die alte Ortskrankenkasse, den Sitz des SSD, dabeigewesen sei. Bis dato ohne Erfolg. Denn, so merkwürdig es klingen mag, die Hallesche SSD-Zentrale wurde gar nicht gestürmt, sondern von Wohlinformierten in aller Seelenruhe ausgeräumt.

Das allerdings war wohl die einzige Aktion, die im Bezirk Halle für einen "Tag X" vorbereitet worden war. Was sich die SSD-Dialektiker als Erklärung der Arbeiter-Revolte nachträglich zurechtlegten, der angeblich "sorgfältig vorbereitete Putsch faschistischer Provokateure", erwies sich als erstaunliche Kettenreaktion der Berliner Ereignisse.

Bereits am Abend des 16. Juni waren in Halle die Ostberliner Ereignisse bekannt, und am anderen Morgen gingen die Arbeiter zwar in ihre Fabriken, nahmen die Arbeit aber nicht mehr auf. Überall in der Stadt bildeten sich Menschenansammlungen, die das Neueste erfahren wollten. Gerüchte, daß in Ostberlin die SED gefangengesetzt worden sei, wurden ebenso

schnell weitergetragen wie die Parole, daß zwischen Volkspolizei und Sowjets erste Feindberührung stattgefunden habe.

Einzelne Gruppen drangen bis zu den Hallenser Partei- und Regierungsdienststellen vor und machten enttäuscht wieder kehrt: Was Rang und Parteiabzeichen hatte, war über Nacht unrühmlich getürmt. In der ersten Wagenkolonne mit sechs BMW-Limousinen befand sich die Bezirksleitung der SED.

Inzwischen hatten im Buna-Werk Schkopau und in den Leuna-Werken "Walter Ulbricht" Arbeiter ihre Lastwagen bestiegen. Sie rasten über die regennasse Chaussee in Richtung Bezirkshauptstadt Halle. Streikende Kumpel der Grube Annendorf requirierten die Alarmwagen der Volkspolizei und feigten mit blauem Licht und Einsatz-Signal über die Autobahn. Eine Stunde später grub sich die kasernierte Volkspolizei links und rechts der Autobahn feldmarschmäßig ein.

Bei Wolfen sperrten bewaffnete Arbeiter jeglichen Fernverkehr.

Nur SED-Genosse Gottlieb von der "Nationalen Front" am Stresemannplatz konnte die Absperrung durchbrechen. Er hatte sich als Grubenarbeiter verkleidet und erklärte: "Ich bin vom Annendorfer Streikkomitee."

Gegen 11 Uhr, am Mittwochvormittag, zogen 20.000 Demonstranten ohne besondere Führung durch die Stadt. Die Menge trug rasch bemalte Transparente wie "Verjagt die SED-Verbrecher" und "Wir wollen eine deutsche Regierung". Am Marx-Engels-Platz wurde die SED-Bezirksleitung ausgeräumt. Einer Rotte jugendlicher Helfer der Volkspolizei, die sich der Menge entgegenzustellen wagte, wurden die FDJ-Hosen ausgezogen und gelinde Prügel verpaßt.

Bis dahin war in der Innenstadt kein Schuß gefallen. Die Volkspolizei setzte sich an den Stadtrand ab. Einige Volksarmisten zogen ihre Uniformjacken aus und marschierten im Demonstrationzug mit. Vor der VP-Haftanstalt, Kleine Steinstraße, gab es den ersten Toten. Der FDJ-Funktionär und Agrarstudent Gerhard Schmidt wurde, als er die Menge mit einer linientreuen Rede stoppen wollte, von einem Volkspolizisten in Verkennung der Sachlage als Anführer erschossen. Die Menge, die Zusammenhänge nicht ahnend, stürmte das Gefängnis und befreite 38 Inhaftierte.

Schmidt erhielt genau acht Tage später ein Staatsbegräbnis und die SED-Zeitung "Freiheit" schrieb von "feigem Mord faschistischer Provokateure".

Während die Bevölkerung Halles so weit die Macht ergriff, zog das sowjetische Kommando aus dem Raum Dessau, in dem, wie überall in der Zone, der Aufstand tobte, drei Eliteregimenter und eine Panzerschützenbrigade ab. Am Stadtrand von Halle fuhren die Sowjets rücksichtslos mit Panzerspähwagen in die Menge hinein. Drei der wahllos Verhafteten wurden ins Kastanienwäldchen gebracht und ohne Verhandlung exekutiert. Ab 15 Uhr herrschte in Halle das Standrecht der Roten Armee.

Unter dem Schutz der Sowjetpanzer tasteten sich kurz darauf die ersten olivgrün uniformierten Vopos in die Straßen der Stadt. Sie wurden aus Fenstern und Dachluken mit Blumentöpfen und alten Flaschen bombardiert. Auf dem Hallmarkt kam es zu einem Gefecht zwischen Leuna-Arbeitern, die zuvor Volkspolizisten entwaffnet hatten, und Einheiten der kasernierten Volkspolizei. Bis in die Abendstunden lagen in den Straßen Halles mehrere hundert Tote und Schwerverwundete. In der Nacht riegelten Panzer die Zufahrtsstraßen ab, Vopos und Sowjetarmisten durchkämmten die Wohnblocks nach versteckten Demonstranten.

Erst am übernächsten Tag wagten sich die SED- und Regierungsfunktionäre aus ihren Fluchtorten nach Halle zurück. Die meisten hatten auf Staatsgütern und Kolchosen die Entwicklung abgewartet, bis die Vopo sie zurückholen kam. Noch am gleichen Tag trafen die ersten zentralen Anweisungen aus Ostberlin ein:

- Unbedingt die Arbeiter beruhigen.

- Verhaftete und Erschossene als "Provokateure und Faschisten" deklarieren. Das Ganze habe als ein von Westberlin gelenkter Staatsstreich zu gelten.

- Konsequente Absperrung Halles von der Außenwelt und Ausnahmezustand für unbestimmte Zeit.

Am dritten Tag nach dem Ausbruch war der Aufstand praktisch niedergeschlagen. Die Zahl der Todesopfer wurde auf nahezu 150 geschätzt. Die SED bezog ihre demolierten Räume. Drei schnell einberufene Sondergerichte sprachen Urteile der Regierung Grotewohls. Was sich in der gesamten Zone an angestauter Volkswut entlud, wurde auch in Halle mit Hilfe sowjetischer Panzer zusammengewalzt. Eigenbilanz der Volkspolizei in Halle: 17 Tote, ein in der Saale ertränkter VP-Kommissar und eine nicht genannte Zahl von Deserteuren. SSD-Minister Zaisser erklärte jedoch vor dem Ministerrat: Die VP beklage in der gesamten Zone und Berlin nur vier Tote.

Was Minister Zaisser weiterhin verschwieg, ist der Geheimakten-Diebstahl in Halle. Auch die findigsten SSD-Agenten wissen noch nicht, ob die V-Leute-Kartei inzwischen in Westberlin wieder aufgetaucht ist.

Ebenso ungeklärt ist noch ein anderer Vorgang, der auf "Klassenfeinde" in der Vopo-Befehlsstelle schließen läßt. Minister Zaisser weiß bis jetzt noch nicht, wer den Befehl gab, zwei Vopo-Bereitschaften von Leuna nach Weißenfeld abzuziehen. Als die Vopo Leuna gerade verlassen hatte, brach dort ein Großfeuer aus. In Weißenfeld wurde aber gar keine Vopo benötigt, weil dort genügend russische Truppen bereitstanden.

Das SED-Politbüro brauchte mehrere Tage, bis es nach internen Sitzungen endlich die auch Karlshorst genehme Sprachregelung ausgebrütet hatte. Dann hagelte es Aufrufe und Flugblätter mit erbitterten Selbstanklagen, neuen Versprechungen und einem Neun-Punkte-Sofort-Programm ("Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung"), das nun jeden Tag in der Sowjetzonen-Presse beweihräuchert wird.

Da schreiben dann achtzigjährige Frauen "spontan", wie sehr sie sich schon darauf freuen, daß nun die Stromsperrungen fallen sollen, und ein Arbeits-Veteran aus Hennigsdorf spricht der Regierung seinen Dank dafür aus, daß in Zukunft bei Krankheitsfällen die Krankheitsdauer nicht mehr vom Erholungsurlaub abgezogen werden soll, was hier üblich war. So groß ist jetzt der Fortschritt.

Aber es werden auch Flugblätter verteilt, die den meuternden und wieder geduckten Arbeiter jetzt moralisch packen sollen, Flugblätter mit der Überschrift "Wie ich mich schäme!"

Darin steht, daß die so wenig vom Fortschritt der SED überzeugten Arbeiter eigentlich jedem Volkspolizisten persönlich danken müßten, "weil er nicht den Zeigefinger bewegt hat".

Wörtlich: "Vierschrötig kamt ihr daher. Sonnegebräunte Gesichter, muskulöse Arme, Nacken - gut durchwachsen, nicht schlecht habt ihr euch in eurer Republik ernährt, man konnte es sehen ... Die Volkspolizei aber ließ euch ziehen. Sie schoß nicht. Warum wohl nicht? Versetzt euch mal in die Lage eurer Genossen Volkspolizisten ... Eine kleine Bewegung mit dem Zeigefinger hätte genügt, um dem ganzen Schwindel ein jähes Ende zu bereiten. Diese kleine Bewegung mit dem Zeigefinger unterblieb.

"Unterblieb, nicht weil die Volkspolizei Angst hatte, sondern weil sie sehr, sehr mutig war. Für diesen Mut wird man der deutschen Volkspolizei künftig nicht nur in Deutschland, sondern überall, wo Menschen wohnen die den Frieden lieben, sehr dankbar sein."

Und weiter: "Eure schlechten Freunde, das Gesindel von drüben, strich auf seinen silbernen Fahrrädern durch die Stadt wie Schwälbchen vor dem Regen. Dann wurden sie weggefangen. Ihr dürft wie gute Kinder abends um neun Uhr schlafen gehen. Für euch und den Frieden der Welt wachen die Sowjetarmee und die Kameraden der deutschen Volkspolizei."

Autor dieser Moralpredigt im Stile Ilja Ehrenburgs ist der SED-Nachwuchs-Dichter "Nationalpreisträger" Kurt Bartel (Autorenname: Kuba). Alle Minister und Spitzenfunktionäre, wie

Kuba, wurden vom SED-Politbüro angewiesen, sich in dem eben gestarteten "Feldzug zur Rückgewinnung des Vertrauens" zu bewähren. Sie fahren von Großbetrieb zu Großbetrieb, um "Vertrauskundgebungen" abzuhalten und sich - wie kürzlich sogar SED-Generalsekretär Walter Ulbricht im Großdrehmaschinenbau "7. Oktober" in Berlin-Weißensee - selbst der Kurzsichtigkeit zu bezichtigen.

Aber auf dieses dialektische Zuckerbrot folgte sehr bald wieder die Peitsche: Es wird den Arbeiter-Rebellen vorgehalten, daß der ohnehin schon überstrapazierte DDR-Haushalt durch den Juni-Aufstand einen Produktionsverlust in Höhe von 85 Millionen Mark erlitten hat. Der soll nun durch Übersoll-Leistungen, durch zusätzliche Nacht- und Sonntagsschichten wieder aufgefangen werden.<<

Die Regierung der DDR berichtet später über den Volksaufstand im Juni 1953 (x243/206, x300/209): >>... Störungen in der Wirtschaft ... (führten) zu Unzufriedenheit und Mißstimmung unter den kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung und auch einem Teil der Arbeiter. ... Die imperialistischen Kräfte fürchteten aber die Festigung der Lage in der DDR. ...

Am 17. Juni gelang es Agenten ... in Berlin und einigen anderen Orten der Republik, einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen zu verleiten. ... Gruppen von Provokateuren und Kriminellen ... legten Brände ... und forderten den Sturz der Arbeiter- und Bauernmacht. ...

Durch das entscheidende Handeln der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse ... und gemeinsam mit sowjetischen Streitkräften und bewaffneten Organen der DDR brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen. ...<<

>>... Die in der DDR stationierten Truppen durchkreuzten durch ihr entschlossenes Eingreifen die Absicht des Imperialismus, blutige Auseinandersetzungen zu provozieren, die den Westmächten als Anlaß für eine militärische Intervention dienen sollten. Im Geiste des proletarischen Internationalismus traten Seite an Seite Einheiten der Sowjetarmee, der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR, klassenbewußte Arbeiter und andere Werktätige den Putschisten entgegen und setzten ihrem Wüten ein Ende.

Ernüchert durch den faschistischen Terror und die offen verkündeten revolutionären Ziele der Putschisten, wandte sich die Mehrheit der irregeleiteten Werktätigen bald von ihnen ab und begann zu erkennen, daß sie gegen ihre eigenen Interessen gehandelt hatte. ...

Unter Führung der Parteiorganisationen der SED entfernten die klassenbewußten Arbeiter feindliche Elemente aus ihren Betrieben und halfen den Sicherheitsorganen bei der Zerschlagung zahlreicher Agentengruppen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Widerstand" in der SBZ (x009/485): >>Da der Bolschewismus die parteiliche Einseitigkeit seines Regimes fordert, nicht bereit ist, die Macht mit anderen Anschauungen und ihren Trägergruppen zu teilen und keinen Platz für eine konstruktive Opposition beläßt, bestehen für Andersdenkende in kommunistischen Staaten nur die Alternativen, die Flucht in den Westen zu wagen, wobei die Möglichkeiten für die Bewohner vieler Ostblockstaaten außer der SBZ, seit jeher gering waren, sich in die innere Emigration zurückzuziehen, zu kapitulieren oder aber Meinungen und Gesinnungen und möglicherweise Verhaltensweisen zu vertreten, die vom Regime als "feindlich" verfolgt werden.

Vor allem 4 Gruppen von Opponenten sind in Erscheinung getreten:

Exponenten des bürgerlichen und bäuerlichen Konservatismus, vor allem aus der älteren Generation, die, vom Regime ohnehin als potentielle Klassenfeinde beargwöhnt, von vornherein einen schweren Stand hatten;

überzeugte Christen, und zwar sowohl Protestanten wie auch Katholiken aus den kleinen katholischen Enklaven - Eichsfeld! -, und hier auch vielfach Angehörige der jungen Generation (Junge Gemeinde);

Exponenten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, vor allem in den Räumen Leipzig, Dresden, Halle, Magdeburg und Ost-Berlin; schließlich auch zahlreiche Vertreter der akademischen Intelligenz einschließlich des "parteilich erzogenen Hochschulnachwuchses".

Der Widerstand dieser Gruppen hat aber in der Regel nur die Form passiver Resistenz und der ängstlich im Privatbereich gehüteten Solidarität der Andersmeinenden angenommen, was zur Folge gehabt hat, daß das Regime trotz häufiger terroristischer Maßnahmen diesen Widerstand bis heute nicht hat brechen können.

Lediglich der Juni-Aufstand 1953 stellte eine gegnerische Großaktion von wirklich politischer Dimension dar, die ohne das Eingreifen der Sowjettruppen zweifellos zum Zusammenbruch des SED-Regimes geführt hätte.

Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die in der SBZ im Unterschied zu den übrigen Volkdemokratien günstige Chance zur Flucht, die im Jahresdurchschnitt von 150.000 bis 250.000 Personen wahrgenommen worden ist, im Laufe der Jahre zu einer Aushöhlung der Bereitschaft zum aktiven Widerstand geführt hat.

Dennoch finden sich in den Strafanstalten der SBZ 8.000 bis 12.000 politische Häftlinge. In den Jahren 1950 bis 1953 waren es etwa 25.000.<<

Die mitteldeutschen und sowjetischen Schüler werden später während des Geschichtsunterrichts über den Volksaufstand im Juni 1953 folgendermaßen informiert (x301/146): >>... Am 17. Juni 1953 gelang es Agenten verschiedener imperialistischer Geheimdienste, die von Westberlin massenhaft in die Hauptstadt und einige Bezirke der DDR eingeschleust worden waren, in Berlin und einigen Orten der Republik einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen zu verleiten.

In Berlin und in einigen anderen Städten plünderten Gruppen von Provokateuren und Kriminellen. Sie legten Brände, rissen Transparente herunter, mißhandelten und ermordeten Funktionäre der Arbeiterbewegung, holten verurteilte Kriegsverbrecher aus Gefängnissen und forderten den Sturz der Arbeiter- und Bauernmacht.

Doch der junge sozialistische Staat bestand unter Führung der Partei auch diese Belastungsprobe. ... Durch das entschlossene Handeln der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gemeinsam mit sowjetischen Streitkräften und bewaffneten Organen der DDR brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen.

Der Versuch, die DDR und den Sozialismus auf deutschem Boden gewaltsam zu beseitigen, war gescheitert. ...

Der Aufbau des Sozialismus in der DDR erregte den Haß der reaktionären Kreise in Westdeutschland. Am 17. Juni 1953 versuchten bewaffnete Banden den demokratischen Sektor von Berlin und andere Städte zu erobern und die DDR an Westdeutschland anzugliedern.

Aber die Bevölkerung und Regierung der Republik gebot dem konterrevolutionären Abenteuer energisch Einhalt. Die Provokationen der Imperialisten gegen die DDR hörten auch in den folgenden Jahren nicht auf.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Verhalten der Volkspolizei im Verlauf des Juni-Aufstandes (x009/289): >>Während des Juni-Aufstandes 1953 gingen Teile der allgemeinen Volkspolizei (DVP) zum Volke über, doch die Wachheiten des MfS ließen sich von der SED überall bedenkenlos neben den Sowjettruppen gegen das Volk einsetzen.

Die Zuverlässigkeit der KVP, auf deren Einsatz die Sowjetunion vorsichtshalber nur in äußersten Notfällen zurückgriff, wurde nicht ernsthaft geprüft. Nach dem 17. Juni ging die Mitgliederzahl der GST stark zurück, da FDJ und SED im Zeichen des "Neuen Kurses" die Zwangswerbung für sie zunächst abschwächten.

Die Erfahrungen mit der Volkspolizei (DVP) und der Gesellschaft für Sport und Technik

(GST) sowie die Ungewißheit darüber, wie sich die Kasernierte Volkspolizei (KVP) im Ernstfalle bewähren würde, bewogen die Regierung zu ständiger Siebung und Härtung der KVP in politischer und militärischer Beziehung. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über den Volksaufstand am 17. Juni 1953 (x287/207): >>... (In) der ehemaligen Reichshauptstadt streikten Bauarbeiter in der Ost-Berliner Stalinallee gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen, was für sie mit erheblichen Lohnsenkungen verbunden gewesen wäre. Aus diesem Streik entwickelte sich am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und der DDR ein politischer Aufstand mit Forderungen nach freien Wahlen, Freizügigkeit in ganz Deutschland, ja nach der Einheit Deutschlands.

Kurz nach 11 Uhr wurde die auf dem Brandenburger Tor gehißte rote Fahne, das verhaßte Symbol der Zwangsherrschaft, unter Beifall Tausender Demonstranten heruntergeholt und zerrissen. Die ersten Schüsse peitschten auf. Um 13 Uhr verkündete der sowjetische Militärkommandant den Ausnahmezustand. Damit war der Arbeiteraufstand, der in der Bundesrepublik Deutschland als nationaler Gedenktag begangen wird, zusammengebrochen.

Die SED reagierte mit drakonischen Strafen, aber zugleich mit der Beteuerung, das "große nationale Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands, voranzubringen".

Anläßlich der Trauerkundgebung für die Opfer des 17. Juni betonten die Vertreter der Bundesregierung und der Regierende Bürgermeister vor dem Schöneberger Rathaus am 23. Juni 1953, daß diese erste Erhebung in einem kommunistisch regierten Land gezeigt habe, daß die Deutschen keine Sklaven mehr sein wollten.<<

25.06.1953

BRD: Der Bundestag beschließt am 25. Juni 1953 ein neues Wahlgesetz.

Künftig müssen die Parteien mindestens 5 % der abgegebenen Wählerstimmen oder einen Wahlkreis direkt gewinnen, um in den Bundestag einzuziehen.

Die "5 %-Klausel" soll vor allem den Einzug von kleineren Parteien ins Parlament verhindern und klare Mehrheiten ermöglichen.

Juni 1953

BRD: Dr. Otto Ulitz (1885-1972, Sprecher der oberschlesischen Landsmannschaft) erklärt im Juni 1953 während seiner Rede vor der Delegiertenversammlung in Nürnberg (x155/40-41):

>>... Wir werden ein Europa schaffen, wenn jedes einzelne Volk die fremde Volkspersönlichkeit genau so anerkennt und achtet, wie es die Achtung und Anerkennung für seine eigene Volkspersönlichkeit fordert. ...

Staaten sind Schöpfung von Menschen, die Völker Schöpfung Gottes. Wir müssen dieses europäische Denken hineinsenken in unsere Brüder und Schwestern, wir müssen diese Gedanken hineinragen in unsere Jugend.

Die Aufgabe der Landsmannschaft erstreckt sich nicht in dem Kampf um materielle Güter, sondern vor allem in dem Gedanken der Sendung und der Rückkehr in die Heimat. Wir sind eine unglückliche Generation. Unsere Söhne ruhen auf den Schlachtfeldern der Welt, unsere unmittelbaren Erben leben nicht mehr. Unser Gedankengut sollen wir übertragen auf unsere Jugend, die in vollständig neue Verhältnisse hineinwächst. Und das ist das Schwere an der Aufgabe; unsere Jugend mit dem Gedanken an die Heimat vertraut zu machen und zu erfüllen. Vielleicht ist es aber noch schwerer, sie mit dem Willen zu beseelen, in die Heimat zurückzukehren.

Es könnte der Tag kommen, an dem uns die Heimat wieder offen steht und der Ruf "Zurück in die Heimat!" findet keine Gefolgschaft mehr. ...

Mit Worten ist nicht viel getan. Auf sie müssen Taten folgen. Ein Beweis unserer Lebenstüchtigkeit ist die Tatsache, daß unsere Arbeiter selbst im überfüllten Westen unseres Vaterlandes untergekommen sind, weil man Arbeitskräfte dieser Art liebend gern nimmt.

Wir sind keine Almosenempfänger, wenn wir auch mit leeren Händen dastehen. Wir bringen

Werte mit. Wir bringen aus dem Osten die Kraft der innersten Überzeugung mit, den Glauben an die sittliche Kraft unseres Volkes, den Glauben an die Rückkehr in unsere Heimat.

... Wir Menschen des Ostens haben zu Staat und Volk eine Beziehung, die man am besten ausdrücken kann, wenn man sagt: Wir lieben unser Vaterland!

Wir glauben und hoffen, daß der Tag kommen wird, an dem wir auf den Grundlagen echten Christentums und sittlicher Werte als freie deutsche Menschen in unsere Heimat in einem friedlichen Europa der freien Völker werden leben können.<<

11.07.1953

DDR und Ost-Berlin: In der SBZ wird am 11. Juli 1953 der Ausnahmezustand aufgehoben. Nach offiziellen Angaben des SED-Regimes werden beim Arbeiteraufstand 4 Volkspolizisten und 21 Zivilisten getötet.

Die Zahl der Getöteten liegt aber wahrscheinlich zwischen 200 und 300. In der Folgezeit werden noch viele Teilnehmer des Aufstandes inhaftiert und zum Tod oder zu langen Haftstrafen verurteilt. Die SED ordnet später einen gemäßigten Kurs an, der nicht mehr ausschließlich durch Druck, sondern vor allem durch Agitation und Überredung geprägt wird.

20.07.1953

West-Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) enthüllt am 20. Juli 1953 im Innenhof des Bendlerblocks ein Ehrenmal, daß an den deutschen Widerstand gegen das NS-Regime erinnern soll.

Das Mahnmal (Bronzefigur eines jungen Mannes mit gebundenen Händen) trägt folgende Inschrift (x102/64):

>>Ihr trugt die Schande nicht –

Ihr wehrtet Euch –

Ihr gabt das große ewig wache Zeichen der Umkehr –

Opfernd Euer heißes Leben –

für Freiheit, Recht und Ehre.<<

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 20. Juli 1953 (x095/156): >>... "Le Monde" ist schon seit einiger Zeit außerordentlich gehässig gegenüber Deutschland. Als ich in Paris war, sagte man mir, daß gewisse Gelder dahintersteckten. Selbstverständlich habe ich die von ihr wiedergegebene Äußerung nicht gemacht.

Ich habe immer, wenn ich von den Gebieten jenseits der Oder/Neiße sprach, aufgeführt, daß eine friedliche Verständigung zwischen einem freien Polen und Deutschland zur gegebenen Zeit herbeigeführt werden müsse. Ich könnte mir da verschiedene Möglichkeiten denken.

Es ist eine völlig Unwahrheit, wenn die Zeitung behauptet, daß für uns die Europäische Verteidigungsgemeinschaft allein das Mittel sei, sicher und schnell diese Provinzen ... zurückzugewinnen. ...<<

24.07.1953

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 24. Juli 1953 das Gesetz über die Feststellung des Bundshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1953 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 23,3 Milliarden DM entfallen 33,0 % auf Sozialleistungen und 31,3 % auf Besatzungskosten. ...<<

26.07.1953

BRD: Die Landsmannschaft Westpreußen veranstaltet vom 25. bis zum 26. Juli 1953 in Hannover ihr Bundestreffen (x155/42): >>... 8 Jahre nach dem verhängnisvollsten Kriege sind Europa und die Welt nicht zur Ruhe gekommen, weil eines der grundlegenden Menschenrechte, das angeborene Recht auf Heimat, nach wie vor verletzt wird. ...

Westpreußen, seit über 700 Jahren deutscher Kulturboden, kann die Brücke zwischen 2 Völkern im Rahmen einer europäischen Neuordnung werden ...

Wir fordern unsere Heimat Westpreußen für uns in einem Europa des Friedens und der Frei-

heit.<<

27.07.1953

Korea: Nach langen Friedensverhandlungen wird am 27. Juli 1953 in Korea ein Waffenstillstandsvertrag geschlossen.

Korea bleibt danach etwa längs des 38. Breitengrades in Nordkorea und Südkorea geteilt. Eine internationale Kommission soll den Waffenstillstand überwachen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Folgen des Korea-Krieges (x068/290): >>Die Verluste waren beträchtlich. Und hatten sich auch 15 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen schwach am Krieg beteiligt, die Hauptverluste trafen die Hauptbeteiligten. Die USA: mehr als 33.000 Tote, 100.000 Verwundete. Dazu, auf südkoreanischer Seite: 70.000 Gefallene und 500.000 getötete Zivilisten. Die Nordkoreaner und Chinesen hatten 2 Millionen Tote, darunter 400.000, die an kriegsbedingten Krankheiten umgekommen sind.

Die USA aber stützten und schützten weiter den Diktator Syngman Rhee (1948-1960) und seinen antikommunistischen Polizeistaat stalinistischer Prägung. Jeder Versuch der Opposition, dies Schreckensregiment durch ein parlamentarisches System zu ersetzen, wurde brutal erstickt. Eine Armee von Schnüfflern durchschwärmte das Land. Ungezählte Tausende verschwanden ohne reguläres Gerichtsverfahren in den Kerkern.

Man terrorisierte Studenten und Arbeiter, setzte Gas gegen sie ein, und die US-Truppen standen sozusagen Gewehr bei Fuß, um auch noch die übelsten Aktionen dieser Despotie zu decken. ...<<

04.08.1953

BRD: Der 17. Juni wird am 4. August 1953 durch ein Bundesgesetz zum Nationalfeiertag ("Tag der deutschen Einheit") erklärt (x101/34): >>Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone in Ost-Berlin gegen die kommunistische Gewalt Herrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist daher zum Symbol der deutschen Einheit geworden. ...<<

07.08.1953

BRD: Die Bundesregierung erläßt am 7. August 1953 ein Fremdrenten- und Ausländergesetz, um die Entschädigung nicht realisierbarer Versicherungsansprüche von ausländischen Flüchtlingen aus Osteuropa zu regeln.

23.08.1953

DDR: Die Sowjets verzichten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklären sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetischen "Reparationen" in der SBZ von 1945 bis 1953 (x009/366-368): >>Obwohl der Umfang der von Deutschland zu leistenden Reparationen praktisch erst mit dem Industriebeschränkungsplan vom März 1946 von den 4 Alliierten festgelegt wurde, führte die Sowjetunion bereits vor diesem Zeitpunkt in der SBZ umfangreiche Demontagen durch, von denen nicht bekannt ist, ob die Gegenwerte dem Reparationskonto gutgeschrieben wurden. Eine Abrechnung über die Entnahmen wird kaum jemals erfolgen, da die Sowjets im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen ohne Zustimmung der Westalliierten ungeheure Entnahmen aus der laufenden Produktion forderten.

Nach Unterlagen aus dem sowjetzonalen Amt für Reparationen und nach Schätzungen westlicher Experten wurden von den Sowjets seit 1945 bis 1953, d.h. bis zur offiziellen Beendigung sowjetzonaler Reparationsleistungen an die Sowjetunion, Werte in folgender Form und Höhe entnommen:

a) **Beuteaktionen:** Die Besetzung Ost- und Mitteldeutschlands durch die Rote Armee war mit einem rücksichtslosen Beutezug verbunden. Ohne Registrierung wurden riesige Sachwerte aus

öffentlichem und Privatbesitz beschlagnahmt und ostwärts verfrachtet. Ferner erbeuteten die Sowjets Milliardenbeträge an Reichsbanknoten, mit denen sie später deutsche Lieferungen und sonstige Leistungen "bezahlten". Der Wert der bei den Beuteaktionen entnommenen Gegenstände wird auf etwa 2 Milliarden Mark geschätzt; die Menge der erbeuteten Banknoten muß mit 6 Milliarden Mark angenommen werden.

b) **Demontagen:** Die Sowjets hielten sich nicht daran, kriegswichtige Industrien zu entfernen, sondern demontierten und beschlagnahmten auch für die Friedenswirtschaft unentbehrliche industrielle Kapazitäten.

Folgende Abschnitte der Demontagen sind erkennbar:

1. Welle vom Mai bis Anfang Juli 1945. Bis zum Beginn der Besetzung Berlins durch alle 4 Alliierten räumten die Sowjets hier alle nur irgendwie demontierbaren Fabriken, vor allem in West-Berlin, aus. Etwa 460 Berliner Betriebe wurden von den Sowjets voll demontiert und abtransportiert, davon 149 Betriebe des Maschinen- und Apparatebaues, 51 Metallurgiebetriebe, 46 Betriebe der Feinmechanik und Optik und 44 Betriebe der Elektroindustrie. Etwa 75 % der bei der Kapitulation noch vorhandenen Kapazitäten wurden betroffen.

2. Welle vom Anfang Juli bis Herbst 1945. Hiervon wurden industrielle Großbetriebe der ganzen Zone ebenso wie mittlere und kleinere Werke betroffen. Zu dieser Zeit begann auch der Abbau der zweiten Gleise auf sämtlichen Eisenbahnstrecken der Zone. Wieder wurden Produktionsstätten von Friedensindustrien abgebaut; Braunkohlenindustrie, Ziegeleien, Textil- und Papierfabriken usw.

3. Welle vom Frühjahr bis Spätsommer 1946. Nach einer vorbereiteten Liste wurden mehr als 200 große Industriebetriebe der chemischen Industrie, der Papierindustrie, Schuhfabriken, Textilwerke usw. demontiert.

4. Welle Oktober 1946 bis Frühjahr 1947. Obwohl Marschall Sokolowski bereits am 21.5.1946 die Demontagen für abgeschlossen erklärt hatte, setzte einige Monate später eine vierte Welle ein, von der z.B. die Zeiss-Werke Jena, Kraftwerke, Druckereien und einige Rüstungsbetriebe, die bis dahin für die Sowjets weitergearbeitet hatten, betroffen wurden.

5. Welle Herbst 1947. Nach einem weiteren halben Jahr wurden nochmals wichtige Betriebe der Friedensindustrie abgebaut: Braunkohlenwerke, Brikettfabriken, Kraftwerke und weitere 1.100 km Eisenbahngleise.

6. Welle Frühjahr 1948. Bei dieser letzten Welle wurden 3 Betriebe, die vorher zu SAG-Betrieben erklärt worden waren, voll oder zum Teil demontiert, darunter Anlagen des Buna-Werkes in Schkopau.

Von den Demontagen wurden oft auch solche Betriebe betroffen, die inzwischen durch die deutschen Arbeiter wieder in Gang gebracht worden waren.

Der "Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung" gibt ... u.a. folgende Demontageverluste der SBZ im Vergleich zum Jahre 1936 an: Walzwerke 82 %, eisenschaffende Industrie 80 %, Hohlziegelerzeugung 75 %, Zementindustrie 45 %, Papiererzeugung 45 %, Energieerzeugung 35 %, Schuhindustrie 30 %, Textilindustrie 25 %, Zuckererzeugung 25 %, Braunkohlenbergbau 20 %, Brikettfabriken 19 %.

... Der Gesamtwert der Demontagen wird auf 5 Milliarden Mark geschätzt.

c) **Ausgabe von Besatzungsgeld:** Die Summe des verausgabten sowjetischen Besatzungsgeldes wird auf 9 Milliarden Mark geschätzt. Nur ein Teil wurde für den eigentlichen Besatzungshaushalt verwendet. Der weitaus größte Teil des Geldes wurde für den Kauf solcher Güter verwendet, die die Sowjets außer den offiziellen Reparationen zu erhalten wünschten. Mit diesem Gelde wurden die zahlreichen in der SBZ tätigen sowjetischen Handelsgesellschaften und anfangs auch der Milliardenbeträge verschlingende Uranbergbau für die Sowjets finanziert. Von 1947 bis 1953 sind allein für den Uranbergbau 7,75 Milliarden Mark aufgewendet worden.

d) **Beschlagnahme von Betrieben als SAG-Betriebe:** 213 Betriebe der SBZ wurden 1946 von der Sowjetunion beschlagnahmt und als SAG-Betriebe fortgeführt. ... Als Mindestwert wird von Fachleuten die Summe von 2,5 Milliarden Mark geschätzt. Sie dürfte höher liegen und möglicherweise das Zwei- bis Dreifache davon ausmachen. Der Preis, den die SBZ-Regierung 1953 für den Rückkauf zu zahlen hatte, betrug mindestens 2,5 Milliarden Mark.

Vor der Übergabe in sowjetisches Eigentum mußten die Betriebe mit Finanzmitteln aus öffentlichen Haushalten ausgestattet werden. Vor dem Rückverkauf an die Sowjetzone wurden die Betriebe zum Teil von ihren Vorräten und Ausrüstungsteilen entblößt. Beide Formen der Entnahmen werden von Experten auf etwa 1 Milliarde Mark geschätzt.

e) **Lieferungen aus der laufenden Produktion:** Seit Wiederingangsetzung der Betriebe mußte die SBZ an die Sowjets erhebliche Teile der laufenden Produktion abliefern, und zwar in Form direkter Reparationslieferungen nach der Sowjetunion, Zulieferungen deutscher Betriebe an SAG-Betriebe, Lieferungen an die Sowjet-Armee, Lieferungen an sowjetische Handelsgesellschaften in der SBZ und Exporte für sowjetischen Nutzen.

Nur die direkten Reparationslieferungen nach der Sowjetunion wurden als Reparationen anerkannt. Alle anderen hier erwähnten Lieferungsformen sind jedoch ebenfalls als Reparationen anzusehen. Da die Sowjets dafür nur die unzureichenden "Stopp-Preise" des Jahres 1944 bezahlten, mußten den deutschen Lieferwerken umfangreiche Subventionen aus Steuermitteln geleistet werden.

Nach Unterlagen aus dem Amt für Reparationen haben die Sowjets von 1945-1953 Waren im Werte von 34,7 Milliarden Mark zu Stopp-Preisen aus der laufenden Produktion entnommen.

f) **Subventionen:** Die an deutsche Betriebe und SAG-Betriebe 1946 bis 1953 gezahlten Preis-subsidien für direkte und indirekte Reparationslieferungen und für Reparationsnebenkosten, d.h. die Kosten für Verpackung, den Versand frei Verwendungsort in der Sowjetunion und für Versicherungen werden mit 6,15 Milliarden Mark geschätzt.

g) **SAG-Entnahmen:** Aus den SAG-Betrieben entnahmen die Sowjets an Gewinnen und fingierten Gebühren bis 1953 etwa 3,55 Milliarden Mark. ...<<

Eine Gesamtrechnung der Reparationen seit Kriegsende bis 1953 ergibt nach kritischer Auswertung aller verfügbaren Unterlagen die nachstehenden Reparationsleistungen der SBZ:

Reparationsleistungen der SBZ von 1945 bis 1953:	Mark (Mrd.)
Verluste an Sach- und Kunstwerken durch Beuteaktionen	2,00
Verluste durch Demontagen	5,00
Leistungen, die mit erbeuteten deutschen Banknoten bezahlt wurden	6,00
Leistungen, die mit Besatzungsgeld bezahlt wurden	9,00
Warenlieferungen aus der laufenden Produktion, soweit sie über Reparationskonten verrechnet wurden	34,70
Nebenkosten der Reparationslieferungen	2,85
Stopp-Preissubsidien an deutsche Betriebe und SAG-Betriebe für Reparationslieferungen	3,30
Ausstattung der SAG-Betriebe mit Umlaufmitteln (vor 1950) und Kapitalentzug 1952/53	1,00
Gewinne aus SAG-Betrieben	3,55
Rückkauf der SAG-Betriebe	<u>2,55</u>
Insgesamt	<u>69,95</u>

In dieser Zusammenstellung sind 16 Milliarden Mark Besatzungskosten für die Zeit bis Ende 1953 enthalten. Nicht enthalten, sind sonstige Reparationsleistungen, z.B. der Nutzen der Sowjetunion aus der Arbeitsleistung der nach der Sowjetunion verbrachten deutschen Spezialisten und der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, der Nutzen aus dem Uranbergbau, aus der

Tätigkeit der sowjetischen Handelsgesellschaften in der SBZ und aus der Auswertung deutscher Patente.

Legt man den von den Sowjets bis 1953 im allgemeinen selbst angewandten Kurs von 2,50 DM je Dollar zugrunde, so ergibt das bei einer Gesamtsumme von rd. 70 Milliarden Mark eine Reparationsleistung in Höhe von 28 Milliarden Dollar, also 18 Milliarden Dollar mehr, als die Sowjetunion von Gesamtdeutschland an Reparationen gefordert hatte. Behauptungen, wonach die Sowjetunion auf hohe Reparationsleistungen verzichtete, sind unwahr.<<

01.09.1953

DDR: Zur Fachausbildung und politischen Schulung von Mitgliedern und Führungskräften der LPG wird am 1. September 1953 die LPG-Hochschule in Meißen gegründet.

06.09.1953

BRD: Bei der 2. Bundestagswahl am 6. September 1953 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 45,2 %, SPD = 28,8 %, FDP = 9,5 %, BHE = 5,9 %, DP = 3,3 %, KPD = 2,2 %, Sonstige = 5,1 %.<<

14.09.1953

DDR: Der Ministerrat beschließt am 14. September 1953, die Erzeugung von Verbrauchsgütern zu erhöhen.

September 1953

BRD: Die Bundesregierung beschließt im September 1953 ein Gesetz, daß die Individualhilfe für die Opfer der NS-Verfolgung zum Rechtsanspruch erhebt.

Hierzu zählen z.B. auch die Starthilfen für den Staat Israel (Ansiedlungshilfen, entgeltlose Lieferungen von Maschinen, Schiffen und Erdöl in Höhe von 3,45 Milliarden DM) sowie Rentenzahlungen an rd. 500.000 Überlebende der NS-Judenausrottung (x128/224).

01.10.1953

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 1. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/129-130): >>1. Oktober 1953. Tausende von Menschen aus allen Teilen Deutschlands sind nach Friedland gekommen, um ihre Heimkehrer zu empfangen, ihnen an den Zufahrtsstraßen zum Lager zuzujubeln, ihnen Blumen, Bücher, Geschenke zuzuwerfen, sie willkommen zu heißen.

Auch der Bundespräsident kam aus Bonn an die Zonengrenze, um auf dem großen Appellplatz des Lagers, "stellvertretend für das gesamte Volk", die Männer und Frauen aus der Gefangenschaft in seiner von Herzen kommenden Art zu begrüßen.

"Sie sollen spüren", so rief Theodor Heuss über den weiten Platz, "daß der seelische Grund des deutschen Volkes auf diesem Weg, der nicht immer leicht sein wird - wir sind kein Paradies. Sie stützen wird".

Die Heimkehrer lauschten still den Worten des alten Mannes, und sangen dann nachdenklich, aber aus tiefster Überzeugung: "Einigkeit und Recht und Freiheit ..."

Später schrieb der Bundespräsident in die Lagerchronik:

"Dieser 1. Oktober 1953, ein milder, blauer Herbsttag wird allen unvergeßlich bleiben, die die Heimkehr von 750 Männern miterlebten. Der Name Friedland soll für die Seele der Heimkehrten im wahren Sinne des Wortes Symbol ihrer Hoffnung bleiben.

Theodor Heuß."<<

Österreich: Nach Angaben des österreichischen Innenministeriums sind in der Zeit vom 1.01. bis zum 1.10.1953 insgesamt 2.117 nicht eingebürgerte Jugoslawien-Deutsche in folgende Länder ausgewandert (x006/128E): >>... USA (72), Kanada (999), Brasilien (60), Bundesrepublik Deutschland (898), Australien (68) und sonstige Länder (20).<<

05.10.1953

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 5. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/130): >>5. Oktober 1953. ... Hunderte von Anfragen gehen in Friedland

ein, alle von Angehörigen, die im Rundfunk einen Heimkehrernamen gehört haben wollen, der dem Namen ihres Vermißten oder noch Erwarteten ähnlich klang oder klingen sollte.

Fast alle Briefe müssen negativ beantwortet werden.

Freiwillige Helfer aus Göttingen und der Umgebung sind dabei, die Berge von Post durchzusehen, die Transportlisten zu vergleichen, Angaben nachzuprüfen, jeden Hinweis zu verfolgen, und unter allen Umständen, wenn auch nur der geringste Anhaltspunkt vorhanden ist, nachzuforschen, ob nicht doch eine Freudenbotschaft abgesandt werden kann. ...

Und wieder stehen die Frauen und Männer, die Mädchen und Jungen, mit ihren Schildern in Friedland: "Wer kann Auskunft geben über ... ?" –

"Gesucht wird ..."

Schilder, Schilder. Und auf jedem steht ein Schicksal verzeichnet.<<

Dr. Kurt Wagner (1911-2006, von 1946-1976 Leiter des DRK-Suchdienstes) berichtet damals über die "Vergessenen Millionen?": >>Nach dem Ersten Weltkrieg zählte man 210.000 Wehrmachtvermißte. Die Weimarer Republik schuf eine eigene Behörde, das Zentralnachweisamt für Kriegsverluste, mit dem Auftrag, das Schicksal der Vermißten aufzuklären. Es ehrt Reichstag und Reichsregierungen, daß sie dieses Amt gut ausgestattet 20 Jahre lang planmäßig arbeiten ließen.

In welch ungeheuerlichen Ausmaß sich die Schwierigkeiten auch für ein Nachforschungswerk nach diesem Krieg gesteigert haben, sieht man daraus, daß man für 1945 nicht einmal die Zahl angeben kann, die den 210.000 Vermißten von 1918 entspricht.

Wir wissen nur, daß unsere Zentralkarteien schon in den ersten Suchdienstjahren 14 Millionen Suchanträge erhielten. Wenn wir auch 5,8 Millionen davon beantworten konnten, so ist doch immer noch das Schicksal von mehr deutschen Menschen im Dunkel, als manches deutsche Land Einwohner hat.

Seit mehr als zwei Jahren hat sich der Suchdienst auf die einzelnen Vermißtengruppen spezialisiert. Für die 1,5 Millionen Wehrmachtsvermißten, deren Schicksal noch aufgeklärt werden muß, hat München geeignete Methoden entwickelt. Die ... Heimkehrerbefragung mit Vermißtenlisten, die nach den früheren Einheiten geordnet sind, hat ihre Fruchtbarkeit bewiesen, die Befragung mit Vermißtenlisten, die nach Kriegsgefangenenlagern geordnet sind, wird gegen Ende dieses Jahres beginnen und daran werden sich weitere Arbeitsgänge anschließen.

Für die Aufklärung der Schicksale der vermißten Zivilpersonen gibt es keine durchgängig anzuwendende Methode. Wohl kann man in vielen Fällen über die Befragung von Nachbarn der Verschollenen Aufklärung erhalten, aber nur über die Zeiten, in denen der heimatliche Zusammenhang noch nicht zerstört war. In den Katastrophen, die über die ostdeutsche Bevölkerung hereinbrachen, ist aber der nachbarschaftliche Zusammenhang fast vollständig zerstört worden.

Rein statistisch fehlen noch etwa 1,5 Millionen Reichsdeutsche und etwa 1,4 Millionen volksdeutsche Zivilpersonen. In den Nachforschungen muß festgestellt werden, welche davon durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse in der Heimat oder auf der Flucht verstorben sind, nach Osteuropa verschleppt worden sind, in ihrer früheren Heimat, also ostwärts der Oder/Neiße oder in den volksdeutschen Siedlungsgebieten zurückgeblieben sind, im Ausland in Gefängnissen oder Lagern festgehalten werden.

Wir müssen dafür sorgen, daß wenigstens das Schicksal derjenigen möglichst bald aufgeklärt wird, von denen angenommen werden kann, daß sie noch am Leben sind und der Hilfe der Heimat harren. Das gilt für die Verschleppten, für die im Ausland Zurückgehaltenen und ganz besonders für die Kinder, die von ihren Eltern oder Angehörigen getrennt noch irgendwo draußen leben.

Das Deutsche Rote Kreuz begrüßt deshalb die Hilfe der kirchlichen Heimatortskarteien, die Unterstützung der Landsmannschaften und das Interesse, das das Bundesministerium für Ver-

triebene dieser Arbeit entgegenbringt.

In seinen eigenen Nachforschungen nimmt sich das Deutsche Rote Kreuz insbesondere der Kinder, der in die Sowjetunion verbrachten deutschen Zivilpersonen, der im Ausland außerhalb der Sowjetunion in Lagern und Gefängnissen festgehaltenen Zivilpersonen und der in den Gebieten ostwärts der Oder/Neiße und in den volksdeutschen Siedlungsgebieten zurückgebliebenen deutschen Zivilpersonen an. Zu den Hauptmitteln der Nachforschung gehört auch auf diesem Bereich die Befragung der Heimkehrer und Aussiedler.

Der Suchdienst Hamburg, der vom Deutsche Roten Kreuz mit der Zivilgefangenen- und Zivilvermißten-Nachforschung beauftragt ist, gliedert sich in drei Abteilungen, den Kindersuchdienst, die Abteilung für verschleppte Zivilpersonen und die Abteilung für im Ausland inhaftierte Zivilpersonen. ...

Vom DRK-Suchdienst waren insgesamt 90.000 Kinder als anhanglos aufgefunden erfaßt worden; von Eltern waren rund 195.000 Suchanträge nach Kindern eingegangen. Im März 1952 waren durch Kartei und Nachforschung genau 70.000 Kinder wieder mit ihren Eltern oder Angehörigen in Verbindung gebracht. Eine Anzahl Anträge hat sich auf andere Weise erledigt. Aber immer noch werden für 18.000 Kinder die Eltern gesucht, und immer noch wird nach 33.000 verschollenen Kindern geforscht. Seit längerer Zeit gleichbleibend werden monatlich 700 Kinder mit ihren Familien vereinigt, aber es gehen noch jeden Monat im Durchschnitt 80 neue Anträge ein.

Einige Zahlen über die Zivilgefangenen: Die Nachforschungen haben ein deutliches Bild über das lange ins Dunkel gehüllte Phänomen der Deportation ergeben. Man kennt jetzt die Sammelager und die Transporte, die 1945 aus Ostdeutschland und aus dem Donaauraum nach Osten rollten, und kennt die Lager, in denen die Deutschen als "Displaced Persons" festgehalten werden. Noch mindestens 190.000 sind an Wiederaufbauarbeiten in der Sowjetunion tätig. Unsere Hoffnung besteht darin, daß die Tatsache ihrer Entdeckung zur Erleichterung ihres Loses beitragen möge, daß ihnen z.B. Erleichterung im Schriftverkehr mit der Heimat gewährt werde und daß die Arbeitsverträge bald ablaufen, damit sie wieder zu ihren Familien nach Deutschland zurückkehren können. -

Über die deutschen Zivilpersonen, die noch in ausländischen Gefängnissen sitzen, haben Landsmannschaften, Heimatortskarteien, Rechtsschutzstellen und kirchliche Hilfswerke ihre Unterlagen dem Suchdienst Hamburg zu treuen Händen übergeben. Durch Heimkehrerbefragung wurden sie auf den neuesten Stand gebracht. Es sind von den insgesamt 35.000 deutschen Zivilpersonen, die sich in ausländischen Haftanstalten befanden, schon fast die Hälfte mit Namen bekannt. Die Arbeit wird nicht eher ruhen, bis auch der letzte, der noch in einem Gefängnis oder Straflager wartet, entdeckt ist. ...<<

07.10.1953

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (41/1953) berichtet am 7. Oktober 1953 über die deutschen "Spätheimkehrer": >>>Den letzten Mann heimholen

Jeden Tag, wenn die Feuerwehrkapelle von Herleshausen an der Zonengrenze (zwischen Eisenach und Bebra) den Choral "Nun danket alle Gott" spielt, wissen die Arbeiter auf den in der Nähe gelegenen Kartoffelfeldern: Es ist wieder ein Transport mit Heimkehrern aus der Sowjetunion eingetroffen.

Dann drücken sich die olivgrün uniformierten sowjetzonalen Volkspolizisten jenseits der Grenzmarkierung in die niederen Büsche, um von weitem mit dem Fernglas den Empfang zu beobachten, den die westdeutsche Bevölkerung den ehemaligen "Kriegsverbrechern" bereitet. Die Vopos sehen nur einen winzigen Ausschnitt davon. Was sich anschließend auf der achtzig Kilometer langen Strecke vom Grenzort Herleshausen bis zum Entlassungslager Friedland bei Göttingen tut, bringt jedesmal die härtesten Männer aus der Fassung.

So wurden einmal siegreiche Truppen empfangen - mit Blumen, kleinen Geschenken, win-

kenden Tüchern, mit Küssen und weichen Frauenarmen, die sich um rissige Männernackten legen. Die jetzt nach acht oder neunjähriger Gefangenschaft aus sowjetischen Zwangsarbeitslagern heimkehren, haben den Tod und Schlimmeres besiegt. In den beizenden Rauch der bis in die lauen Herbstnächte glimmenden Kartoffelfeuer träufeln Tränen der Freude und der Trauer.

Die jetzt zurückkehren, kommen nicht - wie die Rußland-Heimkehrer von 1949/50 - zerlumpt und ausgemergelt, sondern sind größtenteils sonnengebräunt, relativ gut ernährt und voller Zuversicht, daß nun alles gut werden wird. Hinter dem Schlagbaum fiel sichtbar der Alpdruck der letzten Wochen: ob es nämlich wirklich ernst gemeint war, was die uniformen Zeitungen der Sowjets und die täglich an die "Plennis" (Rußland-Heimkehrer bzw. ehemalige deutsche Kriegsgefangene) verteilten Gazetten der Sowjetzone vor Wochen groß ankündigten:

- daß es einzig und allein der Fürsprache einer Regierungsdelegation der "DDR" zu danken sei, daß jetzt annähernd 13.000 wegen Kriegsverbrechen verurteilte deutsche Kriegsgefangene zu ihren Familien zurückkehren dürften.

Die Plennis wagten - nach mannigfachen Enttäuschungen - kaum noch, daran zu glauben, was ihnen die zivilen russischen Arbeiter auf den Baustellen im Swerdlowsker Bezirk oder in den Schachtanlagen vor dem Kohlenstoß unter Tage schon im Mai dieses Jahres zuflüsterten "Skoro domoi" (bald nach Hause).

Die erste vage Hoffnung auf Aufhebung der Kollektivstrafen dämmerte, als Josef Wissarionowitsch Stalin die Augen schloß, vier Wochen danach steckten Frauen von MWD-Offizieren einzelnen "Plennis" die Nachricht, daß ihre Männer die Akten der zunächst zu Todesstrafen verurteilten, später zu 25 Jahren Zwangsarbeiten "begnadigten" deutschen Offiziere und Soldaten an das Innenministerium nach Moskau einsenden mußten. Offensichtlich stehe eine Überprüfung der Urteile bevor.

In den Lagern begann es zu brodeln. Genährt durch die großzügige Amnestie, die nach Stalins Tod zahlreiche russische Zwangsarbeiter wieder in Freiheit setzte, keimten auch bei den deutschen Gefangenen neue Hoffnungen. Es hatte den Anschein, als hätten Stalins Nachfolger etwas aus Dostojewskijs "Schuld und Sühne" gelernt. (Quintessenz: "Mann, Mann, ganz ohne Mitleid läßt sich's nicht leben.")

Das Eingeständnis "unverantwortlicher Irreführung" in der Moskauer Ärzte-Affäre und die Freilassung der Todeskandidaten des vorbereiteten Schauprozesses ließen auch Rückschlüsse auf die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenenfrage zu. Die Lager bekamen "Besuch".

Innenminister Lawrentij Berija schickte Untersuchungskommissionen aus Moskau in die zusammengeschrunpften Lager der deutschen Kriegsgefangenen. Das war gleich in den ersten Wochen nach Stalins Tod, als die Porträts des verblichenen Halbgottes auch aus den Amtsstuben der Lagerkommandanturen entfernt und durch die Konterfeis der Diadochen (Nachfolger) ersetzt wurden.

Berijas Kommissare aus Moskau stellten Fangfragen an die interessantesten "Plennis":

"Nu, was werden Sie sagen über die Sowjetunion, wenn Sie kommen nach Westdeutschland?"

Die unter besonders fadenscheinigen Vorwänden Verurteilten wurden separat getestet:

"Werden Sie erzählen, daß Ihre Verurteilung ungerecht war?"

Werden Sie gehen zu die Amerikaner und uns machen schlecht?"

Werden Sie noch mal die Sowjetunion überfallen, wenn man Ihnen gibt Waffen?"

Die meisten Antworten fielen so aus, wie die Entgegnung eines Arztes im Lager Perwo-Uralsk:

"Ich werde die Zeit, die hinter uns liegt, wie einen schmutzigen Mantel von mir werfen und nicht mehr daran denken ..."

Die rote Sphinx schien zum erstenmal seit acht Jahren wirklich zu lächeln.

Dann drangen die Meldungen vom Juni-Aufstand in der Sowjetzone bis in die Lager hinter

dem Ural. Die Entlassungs-Vorbereitungen stockten. Plötzlich wurde Berija gestürzt. Hellwach verfolgten die ehemaligen Todeskandidaten in den Zwangsarbeitslagern jede kaschierte Meldung über die Diadochen-Kämpfe. Sie hatten gelernt, zwischen den Zeilen der "Prawda" und "Iswestija" zu lesen.

Nun erschien ihnen der bis dahin allmächtige Zar der roten Gestapo wie ein Lebensretter. Allem Anschein nach hatte ausgerechnet Berija die Entlassungen angekurbelt. Was nun, wenn mit ihm auch sein Entlassungsplan liquidiert wurde?

Niemand mochte mehr arbeiten. Die Erfüllung der Normen sank aufs Minimum. Dann wurde offiziell am 6. Juli - sechs Wochen vor der angeblich durch die DDR-Regierungs-Delegation in Moskau ausgehandelten Freigabe von rund 13.000 zu Zwangsarbeit verurteilten deutschen Kriegsgefangenen - mitgeteilt, daß die vorbereiteten Entlassungen fortgesetzt würden.

"Wir wagten immer noch nicht, daran zu glauben", sagt der ehemalige Oberstleutnant und Ritterkreuzträger Walter Peter Mohr, Hamburg, der im zweiten Spätheimkehrer-Transport zurückkehrte. "Man hat uns zu oft genarrt. Schon 1948/49, als das Hauptkontingent der noch überlebenden Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückgeschickt wurde, hatte man uns ähnliche Versprechungen gemacht. Wir wurden ins Theater, in die Philharmonie und zu Sportveranstaltungen ins Stadion geführt."

Einige Monate später wurde Mohr mit Hunderten von Staboffizieren in verschlossene Güterwagen gesperrt. Die Offiziere versuchten bei der Fahrt über die Dnjepr-Brücken bei Dnjeprpetrowsk zu erkunden, ob der Zug nach Westen oder nach Osten rolle. Er rollte in die Täler des Ural. Die Sowjets behielten damals wohlweislich die meisten Staboffiziere und Generale zurück. Ebenfalls aussortiert wurden:

- Die ehemaligen I c der Heeres- und Luftwaffenverbände,
- Angehörige der Waffen-SS und von Eliteverbänden,
- Angehörige intellektueller Berufe, besonders Ingenieure, Juristen und Wissenschaftler.

Die Sowjets hatten auf ihre Art tabula rasa gemacht und stempelten die für sie interessanten Kriegsgefangenen durch fingierte Schnellgerichtsverfahren zu Kriegsverbrechern. Wer trotz MWD-Terror und wochenlanger Haft standhaft blieb und kein individuelles Schuldprotokoll unterschrieb, wurde in die Kategorie der "Allgemein-Schuldigen" eingereiht. Es genügte allein die Tatsache, Angehöriger der "faschistischen Wehrmacht" gewesen zu sein und somit an der "Ausplünderung der Sowjetunion" mitgewirkt zu haben.

Nun waren sie alle Strafgefangene, vom kleinen Funker bis zum Kommandierenden General. Die sowjetischen Polit-Instrukteure gaben es auf, diese Rotte der Verlorenen noch kommunistisch zu behämmern. Offiziers-Renegaten der deutschen Wehrmacht, die einmal mit dem "Nationalkomitee Freies Deutschland" kollaboriert hatten und schließlich doch im Zwangsarbeitslager gelandet waren, wurden gemieden wie Aussätzige.

Aus den knappen Gesprächen, die MWD-Offiziere mit den Verurteilten führten, troff immer wieder der Verdacht: "Wenn wir euch entlassen, macht ihr einen neuen Krieg, zusammen mit den anglo-amerikanischen Imperialisten."

Schon wegen dieser primitiven Verdächtigung haben es die Spätheimkehrer nicht gern, wenn sie nach Ankunft im Entlassungslager Friedland von britischen und amerikanischen Interrogatoren (Verhörexperten) ausgefragt werden. Es wird ihnen allerdings anheimgestellt, die Ankunft zu verweigern mit dem Hinweis darauf, daß sie jetzt "in ein demokratisches Land zurückkehren, in dem es jedem freigestellt ist, zu reden oder zu schweigen".

Sie schweigen lieber über ihren Arbeitseinsatz auf den Baustellen am Wolga-Don-Kanal, über den Aufbau eines neuen metallurgischen Kombinats in Perwo-Uralsk im Swerdlowsker Bezirk, wo Walzwerksanlagen (Reparationslieferungen der Sowjetzone) installiert wurden, um Stahlblöcke zu nahtlosen Röhren auszuwalzen - maßgerecht für alle Kaliber der roten Artillerie.

Die Spätheimkehrer lassen sich auch nicht gern über Neuaufschlüsse von Kohlenflözen im Dongebiet ausholen, sondern reden dann schon lieber von den inneren Verhältnissen, so wie sie sich bei der täglichen Berührung mit der Zivilbevölkerung offenbarten. "Mit Nachdruck bemühen sich die neuen Sowjet-Machthaber um die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung. Die "Sowjetmenschen" haben die Lumpen abgelegt und können sich jetzt besser kleiden", weiß z.B. der Transportführer des zweiten Heimkehrerschubs, Oberstleutnant a.D. Mohr.

"Auffallend ist auch die Zunahme der Motorisierung. Schlangen von Lastwagen wälzen sich über neue Asphaltstraßen. Auch kleinere Staatsfunktionäre und Stachanows können sich den Luxus von Personenkraftwagen leisten. Die großen Fahrzeug-Kombinate produzieren nachgebaute deutsche Kraftwagentypen am Fließband. Man merkt besonders in letzter Zeit die Tendenz, die dumpfe Unruhe nach Stalins Tod durch Preissenkungen und wirtschaftliche Verbesserungen zu kompensieren, als komme es jetzt primär darauf an, die Sowjetunion im Inneren zu festigen.

"Trotzdem haben wir mitunter besser gelebt als die Sowjet-Bürger, seit Lebensmittelsendungen aus der Heimat zugelassen wurden und meist ohne Verlust die Lager erreichten. Den Lebensmittelspendern ist es zu danken, daß wir heute noch leben. Diese Sendungen flossen in den beiden letzten Jahren so reichlich, daß unsere russischen Nachbarn im Ort Liza (bei Perwo-Uralsk) das Lager der deutschen Strafarbeiter in "Kapitaliza" umtaufte." Die Verurteilten hatten es nicht mehr nötig, für eine Schnitte russischen Graubrottes Überstunden zu leisten.

Schlagartig verminderten sich die Todesfälle der Dystrophie. "Seit drei Jahren haben wir im Hauptlager Schachty am Don keinen Todesfall mehr gehabt", erinnerte sich der zurückgekehrte Lagerarzt. "Es sei denn, daß ältere Gefangene im Hospital an schweren Erkrankungen gestorben sind." (Vergleichszahl von 1946: Im Lager Sewastopol starben damals täglich 35 bis 40 Gefangene.)

Die "Plennis" blieben für den einfachen Sowjetmenschen bis zuletzt attraktive Figuren. Oft kamen jüngere Frauen an den Lagerzaun, um sich erzählen zu lassen, wie man in Deutschland eine Ehe führt. Der Krieg hat die mittlere männliche Generation der Sowjetunion noch stärker geschröpft als in Deutschland. "König Mann" regiert in den meisten Aufsichtsfunktionen. Die Frauen müssen Schwerarbeit verrichten.

Hunderttausende von Familien werden durch häufigen Arbeitsplatzwechsel auseinandergerissen. Das Zusammenleben auf engstem Raum (meist zwei Familien in einer Kleinwohnung) veranlaßt vor allem die intelligenteren Paare zu künstlicher Geburtenbeschränkung. Nur in den ausgesprochenen Agrargebieten - im dumpfen Kral der Kolchosen - kennt die sprichwörtliche russische Furchtbarkeit keine Grenzen.

Leichter als die ausgeprägten Intellektuellen hatten es die rauhen Naturburschen unter den zwangsverurteilten "Plennis". Musterbeispiel: Oberleutnant a.D. Alfred Strunk, der vor einigen Tagen nach Dortmund zurückkehrte. Strunk, bekannter Boxer im Halbschwergewicht, war das zwischen Woroschilowgrad und Schachty berüchtigte enfant terrible für die Natschalniks (Aufseher) und Lagerkommandanten.

Strunk wurde nach mißglückter Flucht aus dem Plenni-Lager Sewastopol als Montageingenieur beim Schacht "Gigant" in der Nähe von Stalino eingesetzt. Der Boxer sah rot, als er Ende 1949 vor ein MWD-Tribunal geschleppt wurde, das ganz offensichtlich ein Urteil erfinden sollte, um ihn - während die Hauptentlassungswelle lief - als Fachkraft zurückzuhalten.

Strunk erzählt, er habe das Tribunal niedergeboxt, den Aktentisch zerschlagen und nach mehreren weiteren Verfahren schließlich zehn Jahre Zwangsarbeit wegen "Disziplinlosigkeit" erntet. Da zeigte er seinen Bewachern erst recht die Faust. Russische Boxer traten an, um mit ihm ihre Kräfte zu messen. Erinnert sich Strunk: "Ein russischer Oberleutnant versetzte mir zwei Leberhaken, da gab ich ihm einen Uppercut und schlug ihn K.O."

Strunk kam in die Massenzelle eines Strafgefängnisses, zusammen mit Mördern und anderen kriminellen Verbrechern, denen er Boxunterricht gab. Dann boxte er weiter Wärter und Aufseher, bis ihm MWD-Funktionäre das kalte Eisen ihrer Pistolen ins Genick drückten. Sie bekamen mittlerweile Spaß daran, diesen "njemetzki tschort" ("deutschen Teufel") auf Nervenproben zu stellen. Strunk bestand sie jedesmal und stieg im Ansehen bei seinen Aufpassern. Heute freut er sich: "In ihrer angestammten Vorliebe für brutale Kraft hatten die Russen bei mir etwas Ebenbürtiges entdeckt. Ich war ihr Typ." Sie drängten ihn oft: "Erzähl" doch mal, wie du in Deutschland geboxt hast" und befühlten seinen Bizeps. "Eto charascho" ("das ist gut").

Strunk hat noch im Januar einen Oberfeldwebel der Lagerwache gegen den Schlagbaum am Lagereingang geschmettert, weil dieser dem von ihm geleiteten Arbeitskommando das mitgebrachte Heizmaterial weggenommen hatte. Der MWD-Operativ-Leiter schüttelte den Kopf: "Strunk, kakaja mamuschka?" ("Strunk, was hast du bloß für eine Mutter gehabt").

Dann wurde ihm ein zusätzliches Jahr Gefängnis aufgebremmt.

Er saß diese Strafe aber nur wenige Monate ab, bekam auch in der Gefängniszelle Heimatpakete von westdeutschen Sportfreunden und wurde im Juni dem Lager Schachty zur endgültigen Entlassung überstellt.

Nach der Ankunft des Heimkehrertransportes in Frankfurt/Oder interessierten sich in Zivil gesteckte Vopo-Offiziere und Agenten des sowjetzonalen Staatssicherheitsdienstes für den martialischen Lagerschreck. Sie versuchten, ihn für die "demokratische Sportarbeit" in der "DDR" zu interessieren, aber Strunk lehnte ab mit dem Hinweis auf die Propaganda-Transparente im Durchgangslager: "Deutsche an einen Tisch." Der Boxer fragte die Agenten: "Warum laßt ihr dann nicht einmal die Deutschen hier aus der Umgebung an uns heran?"

Die Vopos gerieten in Verlegenheit. Sie haben strikten Befehl, alle durchfahrenden Transporte ehemaliger "Kriegsverbrecher aus der Sowjetunion" auf den Stationen abzuriegeln. Nur ein kleiner Teil der in der Sowjetzone und in Berlin Beheimateten steigt in Frankfurt/Oder aus. Der größte Teil derjenigen, die ihre Familien in der Sowjetzone wissen, fährt weiter nach Westdeutschland. (Die Wahl zwischen Ost und West wurde den Heimkehrern freigestellt).

Immerhin hat es die Sowjetzonen-Regierung übernommen, die durchreisenden Heimkehrer vor dem Übergang nach Westdeutschland neu einzukleiden und gut zu verpflegen. Man gibt ihnen aus dem beschränkten Sortiment der staatlichen HO-Läden das relativ Beste, damit niemand in Westdeutschland sagen kann, der große Bruder in Moskau schicke die endlich Entlassenen in Lumpen nach Hause.

Aber das Gefühl, wieder in Deutschland zu sein, kommt bei den Heimkehrern erst auf, wenn sie die weiße Markierung am Schlagbaum von Herleshausen hinter sich wissen. Dann atmen sie auf: "Jetzt sind wir erst richtig in Deutschland."

Sie jubelten dem Bundespräsidenten zu ("Hurra, Präsident Heuss, wir danken, wir danken ..."), als er ihnen am Donnerstag vergangener Woche im Lager Friedland persönlich versprach: "Wir müssen auch den letzten Mann heimholen."

Und sie begrüßten stürmisch den Bischof Heckel vom Evangelischen Hilfswerk, das ihnen viele Pakete nach Rußland geschickt hatte.

Das ist die größte Sorge der Zurückgekehrten: daß die Sowjets auch die noch versteckten kleineren Gefangenenkontingente nicht noch einmal auf Eis legen. Gut: sie haben angekündigt, rund 13.000 Verurteilte zu entlassen. Dabei scheinen nun auch - in der Endphase - die zurückgehaltenen Generale zu sein.

Die Heimkehrer aus Schachty wissen, daß es in drei Straflagern sogar noch unverurteilte ehemalige deutsche Soldaten gibt. Diese etwa 500 Nichtverurteilten hat der MWD absichtlich sowohl während der Hauptentlassungsaktion 1949/50 als auch während der allgemeinen Kommandourteile vergessen.

Sie passen in keine Kategorie, weil sie bis vor einiger Frist im Rüstungs-Kombinat "Molotow" arbeiten mußten. Sie wissen zuviel. Deshalb hinken sie jetzt bei der Entlassung noch hinter den formal Verurteilten her.

Die Spätheimkehrer, die in diesen Tagen den Schlagbaum des Grenzortes Herleshausen passierten, warnen vor Illusionen. Aus der Koordinierung ihrer Berichte erwächst die Erkenntnis, daß Bundeskanzler Adenauer irrte, als er im April dieses Jahres während seines Amerika-Besuches von "mindestens 300.000 Kriegsgefangenen und Deportierten" sprach, die noch in den Weiten der Sowjetunion zurückgehalten würden. Die meisten können nicht mehr zurückkehren. Sie sind gestorben und liegen längst in der lehmigen russischen Erde.

"Es mögen noch 15.000, höchstens aber 20.000 ehemalige deutsche Soldaten sein, die bis zu Beginn der neuen Entlassungsaktion von den Sowjets festgehalten wurden", schätzen sowohl Heimkehrer als auch Experten des Evangelischen Hilfswerks (das seit Jahren alle Heimkehrer-Aussagen auswertet) die Ziffer der Überlebenden.

"Wir müssen alle Illusionen zurückstellen. Die meisten der Vermißten sind in den ersten Hungerjahren gestorben." ...<<

08.10.1953

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 8. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133): >>8. Oktober 1953. Und die Glocke in Friedland läutet zu jedem Transport, der da Menschen aus der russischen Steppe oder den unendlichen Wäldern des Ostens bringt, deutsche Menschen, aber auch Angehörige anderer Nationen. Darunter einen der jüngsten Heimkehrer, jetzt 21 Jahre, mit 13 Jahren in Ostpreußen gefangengenommen und in das Innere Rußlands verschlagen. Zusammen mit einem der ältesten Gefangenen, einem 83jährigen General.

Die Glocke läutet für sie alle ...

Hoffentlich läutet sie bald für den Letzten, der da zurückkommen soll.<<

20.10.1953

BRD: Bundeskanzlers Konrad Adenauer bildet nach seiner Wiederwahl am 20. Oktober 1953 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und BHE.

28.10.1953

Rumänien: Die "Nachrichten aus der Rumänischen Volksrepublik" begrüßen das Dekret Nr. 444/1953 vom 28. Oktober 1953 "über die Übergabe von Reserveländereien an die Kolchosen zur ewigen Nutzung ..." und vermerken dazu (x007/109E): >>Die Zahl der deutschen Kollektivbauern nimmt ständig zu. Immer mehr deutsche Kleinbauern und landlose Bauern befreien sich von den alten Anschauungen ... und sehen ein, daß der einzige Weg, der zu Glück und Wohlstand führt, der Weg der Kollektivwirtschaften ist.

Die Partei und Regierung kommen diesen werktätigen Bauern hilfsbereit entgegen und ermöglichen ihnen in vielen Fällen, den Kollektivwirtschaften ohne Grundbesitz beizutreten. ...<<

29.10.1953

DDR: Nach der "Verordnung über die Ausgabe von Personalausweisen der DDR" vom 29. Oktober 1953 müssen Personen, die die "DDR" vorübergehend verlassen, ihren Ausweis bei der Volkspolizei abgeben.

Für die Nichtabgabe kann gemäß § 10 der Verordnung eine Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren und Geldstrafe verhängt werden.

17.11.1953

Jugoslawien: Das Oberste Gericht der autonomen Provinz Wojwodina hebt am 17. November 1953 die Entscheidung des Bezirksgerichts Sombor vom 28. Juli 1951 wegen unrichtiger Auslegung des Enteignungsgesetzes mit folgender Begründung auf (x006/630-631): >>Nach den Vorschriften des Art. 1 Punkt 2 des Beschlusses vom 21. November 1944 über den Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates usw. und Art. 1 Punkt 2 seiner abgeän-

dernten Fassung im Gesetz vom 31. Juli 1946 über den Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates und über die Sequestration des Vermögens abwesender Personen ist das Vermögen von Personen deutscher Volkszugehörigkeit, ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsort, in das Eigentum der FNRJ schon am 6. Februar 1945 übergegangen, als der Beschluß in Kraft getreten war; die Durchführung der Konfiskation des Vermögens von Personen deutscher Volkszugehörigkeit beruht auf diesem Gesetz, das noch in Kraft ist, "so daß das in Frage stehende Vermögen im Sinne des Gesetzes schon mit dem 6. Februar 1945 als konfisziert zu betrachten ist, während die Durchführung dieser Konfiskation erst heute vollzogen wird".

Auf Grund dieser Entscheidung des Obersten Gerichts der APV ging im Jahre 1954 erneut eine neue Konfisizierungswelle durch die Wojwodina. Dabei kam es auch zu erneuter Überprüfung der Fälle, wo die Befreiung von der Enteignung bzw. die Rückerstattung des Vermögens von Personen deutscher Volkszugehörigkeit mit den Ausnahmebestimmungen nach Art. 1 Punkt 2 a-e begründet war.<<

21.11.1953

DDR: Die SED-Regierung stimmt am 21. November 1953 der Abschaffung von Interzonenausweisen zu, stellt aber für jeden Reisenden Interimsausweise (Personalbescheinigungen) aus.

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 21. November 1953 (x095/163-166): >>... Die Wiederaufrichtung Preußens verlangt kein irgendwie maßgebender vernünftiger Mensch.

Die Ausführungen des Herrn Mende (1916-1998, 1945 Mitbegründer der FDP, 1949-1980 Mitglied des Bundestages) sind das Produkt eines politisch nicht gereiften Menschen. ...

In Wirklichkeit – ich glaube, ich brauche das Ihnen wohl gar nicht zu sagen – ist Frankreich keine europäische Großmacht mehr und wird von den beiden anderen nur mitgenommen. Es kann erst wieder zu Bedeutung kommen, wenn es in die europäische Gemeinschaft hineingeht und in ihr sich wieder seiner Kraft bewußt wird. Ich bitte Sie, auch zu bedenken, daß die Lösung der Saarfrage in französischem Sinne ein großes, sehr großes Opfer bedeuten würde. Es wird großer Schwierigkeiten bedürfen, eine Lösung, die vom deutschen Volke akzeptiert wird, zu finden.

Wenn die EVG und damit die europäische Gemeinschaft nicht zustande kommt, fürchte ich einen sehr bösen Rückschlag in der psychologischen Haltung des deutschen Volkes.

Ich bin ehrlich erschrocken darüber, wie stark die Stimmung in Frankreich seit den Tagen Schumans, insbesondere seit 1950, sich geändert hat. Ich glaube, das ist darauf zurückzuführen, daß seit 1950 das deutsche Volk wieder erstarkt ist. ...<<

15.12.1953

BRD: Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen kritisiert am 15. Dezember 1953 die französische Außenpolitik (x155/43): >>Französische Parlamentarier, die in der letzten Woche unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Daladier eine mehrtägige Reise durch Polen und die von Polen besetzten deutschen Ostgebiete machten, haben erklärt:

"Die Oder-Neiße-Linie stelle eine natürliche Grenze des Landes dar. Sie sei eine echte Demarkationslinie des Friedens. Alle Bemühungen um eine Entspannung der Beziehungen zwischen Ost und West seien zum Scheitern verurteilt, solange sich der Westen nicht entschließen könne, die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. Falls die Deutschen die Oder überschreiten würden, bedeute dies den Krieg."

Die Vertriebenen haben im Sinne ihrer Charta immer wieder betont, daß sie einen Krieg zur Wiedereroberung ihrer Heimat nicht wollen. Unantastbar ist für die Vertriebenen jedoch das Recht auf die angestammte Heimat. Es gehört zu den Grundrechten der Menschen, zu deren Hütern sich gerade die französische Nation berufen fühlt.

Jede Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als sog. Friedensgrenze ist deshalb gleichbedeutend mit der Anerkennung von Unrecht und Gewalt.

Niemals werden die Vertriebenen einer Festlegung der ostdeutschen Grenze zustimmen, die ohne Rücksicht auf den völkerrechtlich gültigen Gebietsstand einer Regelung im künftigen Friedensvertrag vorgreift. ...

Auch für die Lösung des deutsch-polnischen Problems gilt das Wort Abraham Lincolns: "Nichts ist geregelt, solange es nicht geregelt ist."<<

30.12.1953

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 30. Dezember 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133): >>30. Dezember 1953. In Wattejacken, Lammfellmützen auf den Köpfen, holzbesohlte Stiefel an den Füßen, aber strahlende, überglückliche Augen brachten die Omnibusse von der Zonengrenze in Herleshausen 60 Frauen aus Rußland mit. Frauen, die z.T. fast 10 Jahre in Gefangenschaft waren.

Sie wurden von Kopf bis Fuß neu eingekleidet, warfen übermütig ihre asiatischen Kopfbedeckungen in die Luft, fingen sie wieder auf, freuten sich unendlich, Kleider, Blusen und Röcke, richtige Frauenschuhe zu erhalten, stolzierten zunächst noch etwas unsicher und ungewohnt darin umher, verwandelten sich aber bald wieder in "Menschen wie du und ich".

Das neue Jahr soll auch für sie ein neues Leben bringen.

Wie sagte eine von ihnen? "Ich werfe hier alles, was ich mitgebracht habe, fort. Auch die Erinnerung. Ab morgen bin ich wieder "Fräulein", gehe umher wie jede andere, lasse mich frisieren, schlage in Modejournalen nach und tue so, als ob nichts gewesen wäre."

Ob sie es tatsächlich fertigbringen wird? 8 furchtbare, entsetzliche Jahre einfach abzustreifen, beiseitezulegen, aus dem Gedächtnis zu streichen? ...<<